

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

9.7.2007

B6-0279/2007

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Annemie Neyts-Uyttebroeck, Sajjad Karim, Marco Cappato und Marios Matsakis

im Namen der ALDE-Fraktion

zu Pakistan

Entschließung des Europäischen Parlaments zu Pakistan

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Pakistan über Partnerschaft und Entwicklung, dessen Abschluss am 22. April 2004 vom Parlament gebilligt wurde,
 - unter Hinweis auf die am 8. Februar 2007 in Berlin unterzeichnete Gemeinsame Erklärung der EU und Pakistans,
 - unter Hinweis auf seinen am 24. Mai 2007 angenommenen Bericht über Jammu und Kaschmir (Bericht Nicholson of Winterbourne),
 - unter Hinweis auf die erste Sitzung des Gemischten Ausschusses Pakistan-EG vom 24. Mai 2007 in Islamabad,
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass nach den Zusammenstößen zwischen Koranschülern und Sicherheitskräften in der Nähe der Lal Maschid (Rote Moschee) in Islamabad mindestens 16 Menschen gestorben sind und Dutzende verletzt wurden,
- B. in der Erwägung, dass die Rote Moschee eine hitzige Kampagne zur Durchsetzung einer Form des islamischen Rechts der Scharia in Pakistan anführt,
- C. in der Erwägung, dass sich nach mehr als fünf Jahren, nachdem Präsident Pervez Musharraf seine Absicht bekundet hat, das Netz der Medressen (religiöse Schulen) zu regulieren, klar herausgestellt hat, dass diese nicht so effizient sind, wie sie eigentlich sein sollten,
- D. in der Erwägung, dass es im ganzen Land immer wieder zu Gewaltausbrüchen im Zusammenhang mit den Unruhen gekommen ist, die zahlreiche Opfer gefordert haben,
- E. in der Erwägung, dass nach dem Selbstmordattentat vom 28. April, bei dem 30 Menschen getötet wurden und der Innenminister Aftab Ali Sherpao auf einer politischen Veranstaltung in Peshawar verletzt wurde, Bedenken in Bezug auf die interne Sicherheit laut wurden; in der Erwägung, dass Islamabad bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal einräumte, militärisch eingegriffen zu haben,
- F. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz durch die Suspendierung des Obersten Richters Iftikar Chaudhary am 12. März durch Präsident Musharraf gefährdet wurde und eine Welle von Rücktritten und Protesten über die

Unabhängigkeit der Justiz auslöste,

- G. in der Erwägung, dass es trotz der Zusagen, diese Situation zu beenden, immer noch eine militärisch geführte Regierung gibt und Präsident Musharraf die Rückkehr der ehemaligen Premierminister Benazir Bhutto und Nawaz Sharif vor den Ende 2007 geplanten Wahlen ausgeschlossen hat,
 - H. in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten den Druck auf Pakistan verstärkt haben, weil das Land nicht in der Lage war, wirksam gegen den Terrorismus vorzugehen,
 - I. in der Erwägung, dass die Europäische Union bisher Menschenrechtsklauseln in Handels- und Kooperationsabkommen durchgesetzt hat, wenn dies wirtschaftlich und politisch zweckdienlich war,
 - J. in der Erwägung, dass die Europäische Union Pakistan umfangreiche Mittel zur Linderung der Armut und zur Entwicklung des Sozialsektors bereitstellt,
1. fordert die EU mit Nachdruck auf, sich unnachgiebig dafür einzusetzen, dass der Aufrechterhaltung der Demokratie- und Menschenrechtsklausel in den Kooperationsabkommen der dritten Generation Geltung verschafft wird, und sich um einen intensiven Dialog über die Menschenrechte zu bemühen,
 2. unterstützt die Einrichtung von Sachverständigentreffen für zahlreiche politische Bereiche, darunter: Dialog zwischen den Religionen, Bekämpfung des Terrorismus, Drogenbekämpfung, Nichtverbreitung von Atomwaffen und Menschenrechte sowie eine verantwortungsvolle Staatsführung, gemäß der am 8. Februar 2007 in Berlin unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung der EU und Pakistans; fordert insbesondere, dass geprüft wird, ob ein eigener Menschenrechtsdialog mit Pakistan eingerichtet und eigens ein Unterausschuss für Menschenrechte gebildet werden sollte;
 3. weist mit Nachdruck darauf hin, dass jeder Versuch, die Wahlen zu stören, inakzeptabel wäre, und dass ein verfassungskonformer Weg aus der Krise gefunden werden muss; fordert die Kommission auf, eine EU-Wahlbeobachtungsmission zur Beobachtung der voraussichtlich Ende 2007 stattfindenden Wahlen zu entsenden;
 4. fordert die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf Präsident Musharraf auszuüben, damit er seinen Zusagen nachkommt, insbesondere seinem Versprechen von 1999, die Streitkräfte hätten nicht die Absicht, „länger an der Macht zu bleiben, als es unbedingt notwendig ist, um den Weg dafür zu bereiten, dass sich in Pakistan eine echte Demokratie entfalten kann“, und insbesondere echte Kontrollen der Medressen durchzusetzen, die unter der Kontrolle gewaltbereiter sektiererischer Gruppen stehen, und 2007 umfassende und faire nationale Wahlen zuzulassen, und das Zivilrecht so rasch wie möglich wieder einzuführen;
 5. begrüßt den europäischen Konsens über die Entwicklung und die klare Zusage der EU, sich um Länder zu kümmern, die von Konflikten betroffen sind oder deren staatliche Einrichtungen fragil sind, sowie die ebenso deutliche Zusage der EU, dazu beizutragen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen, wozu auch eine

Bildungspolitik für alle gehört; begrüßt, dass die Kommission und die pakistanische Regierung sich gemeinsam darauf geeinigt haben, dass die Bildung in Pakistan eine Priorität darstellt, und dass einige neue Bildungsprojekte in den Provinzen Sindh und an der Nordwestgrenze bereits vorbereitet werden; fordert die EU auf, ihre finanzielle und technische Unterstützung für die pakistanische Regierung in diesem Zusammenhang fortzuführen; fordert die pakistanische Regierung auf, die staatlichen Schulen finanziell erheblich stärker zu unterstützen und auf eine Reform des Systems hinzuwirken, insbesondere indem sektiererische und Dschihad-befürwortende Elemente beseitigt werden; und unverzüglich Schritte zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz zu unternehmen;

6. verweist auf die Parlamentswahlen von 2002, die allgemein als mit schweren Mängeln behaftet galten;
7. bedauert, dass das Militär in Pakistan weiterhin die Politik und die Regierung beherrscht, und dabei seit 2001 implizit von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union unterstützt wird; ist immer noch äußerst besorgt über die schwerwiegenden und wiederholt auftretenden Menschenrechtsverletzungen in Pakistan;
8. verweist auf die ernsthaften Bedenken der internationalen Gemeinschaft, was die Rolle Pakistans bei der Verbreitung von Atomwaffen betrifft;
9. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der Mitgliedstaaten sowie der Regierung Pakistans zu übermitteln.